

Politiker wollen Dauerlösung für den Björnsonweg

**Unterkunft soll geförderter
Wohnraum werden – mit
langfristiger Unterbringung**

BLANKENESE :: Nach anfänglichen Querelen war es in den vergangenen Jahren ruhig um die Flüchtlingsunterkunft am Björnsonweg geworden. Viele Anwohner hatten immer wieder klargestellt, dass sie nichts gegen die Unterbringung hätten, manche von ihnen engagierten sich auch ehrenamtlich in der Betreuung vor Ort. Aber: Aufgrund eines Vergleichs in einem Nachbarstreitverfahren muss die ursprünglich befristet genehmigte Unterbringung spätestens nach Ablauf von sieben Jahren vollständig zurückgebaut werden.

Jetzt schlägt das Bezirksamt Altona vor, den Zustand der „guten Integration“ über diesen Zeitpunkt hinaus festzuschreiben, um die Integration vor Ort zu „verstetigen“. Ziel ist es demnach, die Fläche künftig als allgemeines Wohngebiet auszuweisen, um dort zu 100 Prozent geförderten Wohnungsbau umsetzen zu können. Die neuen Wohnungen könnten dann ganz offiziell auch zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden. Geprüft werden solle auch, ob die Fläche dauerhaft an Fördern & Wohnen übertragen werden könnte. Der entsprechende Vorschlag liegt dem bezirklichen Planungsausschuss vor, nun muss die Bezirksversammlung darüber entscheiden. Bezirksamtsleiterin Stefanie von Berg (Grüne) spricht von einer „rechtssicheren Möglichkeit – auch im Sinne einer guten Integration“, durch die Geflüchtete auch künftig dauerhaft am Björnsonweg wohnen könnten.

Die anderen Fraktionen signalisieren bereits Zustimmung. „In der Flüchtlingsunterkunft im Björnsonweg wird hervorragende Integrationsarbeit geleistet, deshalb hätten wir uns den Fortbestand der Unterkunft gewünscht. Leider ist dies nicht möglich“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Adiran. „Die frei werdenden Flächen wollen wir nun dem geförderten Wohnungsbau zuführen und somit die Wohnungsbauziele des Senats stützen. Vor Ort sollte dabei das Ziel sein, vor allem für die Zielgruppe der Geflüchteten, eine Perspektive zu schaffen, um auch weiter im Stadtteil Blankenese leben zu können.“

Für die Grünen sagt deren Fraktionschefin Gesche Boehlich, das angestoßene Verfahren bringe einerseits den dringend gebrauchten geförderten Wohnungsbau auf den Weg, andererseits könne es die Integration von Geflüchteten weiterhin erleichtern.

„Aus sozialpolitischen Aspekten wäre eine endgültige Auflösung der Flüchtlingsunterkunft am Björnsonweg nicht vertretbar“, so FDP-Fraktionschefin Katarina Blume. Und Sven Hielscher, CDU-Fraktionschef, sagt: „Wir schaffen so langfristig Rechtssicherheit für alle Beteiligten.“ *schmoo*



Die Flüchtlingsunterkunft am Blankeneseer Björnsonweg FOTO: KLAUS BODIG